V-8-023: Für ein sicheres Berlin: Soziale Investitionen statt Law & Order

Antragsteller*innen Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 22 bis 26 einfügen:

und intransparente Kontrollen dienen, sondern müssen als Versagen des Staates bei der Fürsorge für Betroffenen verstanden werden. Mit dem Sicherheitsgipfel hat sich die Koalition auf Druck der Bezirke und der grünen Bezirksbürgermeisterinnen verpflichtet Soziales und Sicherheit zusammenzudenken. Den Worten müssen aber Taten folgen. Wer von ganzheitlichen Konzepten redet, muss auch soziale Antworten auf soziale Probleme finden. Daher müssen Soziale Arbeit, Prävention und Zukunftsperspektiven in den Mittelpunkt staatlichen Handels rücken. "Kriminalitätsbelastete Orte" im Sinne polizeilich definierter Gebiete, an denen die Befugnisse der Polizei deutlich ausgeweitet werden, gehören abgeschafft. Es braucht stattdessen gezielte Ursachen- statt Symptombekämpfung – gerade an den Brennpunkten dieser Stadt. Dafür braucht es eine gesamtstädtische Strategie, das Miteinander von Senat und Bezirken und vor allem die nachhaltige Finanzierung der Bedarfe in allen Berliner Bezirken.

Unterstützer*innen

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg)